

SoVD · Muhliusstraße 87 · 24103 Kiel

Landeshaus
Innenausschuss
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/3653

Landesgeschäftsstelle
Abteilung Sozialpolitik

Ihr Gesprächspartner:
Christian Schultz
Tel. 0431 98388-70
Fax 0431 98388-72
sozialpolitik@sovd-sh.de

Wohnraumförderung: Stellungnahme des SoVD Schleswig-Holstein

03.03.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Möglichkeit zur Stellungnahme in oben genannter Angelegenheit bedanken wir uns.

Der Sozialverband Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e.V., hat mehr als 150.000 Mitglieder im nördlichsten Bundesland. Zusammen mit dem Mieterverein haben wir in den vergangenen zwei Jahren versucht, mithilfe einer Volksinitiative das Recht auf eine angemessene Wohnung in der Landesverfassung zu verankern. Leider ist die Mehrheit im Landtag diesem Vorschlag, für den rund 40.000 Menschen aus Schleswig-Holstein unterschrieben haben, nicht gefolgt.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir im Grundsatz die beiden Ansätze der Fraktionen von SSW und SPD, die nach wie vor sehr angespannte Lage am Wohnungsmarkt zu verbessern.

Zum Gesetzentwurf des SSW

Das Argument, dass ein nicht unwesentlicher Teil unserer Sozialwohnungen im Lande von Menschen bewohnt wird, die schon lange nicht mehr auf eine solche Wohnung angewiesen sind, ist uns bekannt. Im Laufe der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum wurden wir immer wieder darauf hingewiesen und mit der Forderung konfrontiert, dieser Entwicklung einen Riegel vorzuschieben.

Der Ansatz des SSW erscheint aus unserer Sicht geeignet, diesem Problem zu begegnen.

Sozialverband Deutschland e.V.
Landesverband Schleswig-Holstein

Muhliusstraße 87
24103 Kiel
www.sovd-sh.de

Tel. 0431 98388-0
Fax 0123 98388-10
info@sovd-sh.de

Amtsgericht Kiel VR 5533 KI
1.Landesvorsitzende: Jutta Kühl
Landesgeschäftsführer: Manfred Hamann

Evangelische Bank eG (EB)
BIC: GENODEF1EK1
IBAN: DE66 5206 0410 0006 4009

Es ist lediglich zu überlegen, in welcher Weise das Feststellungsverfahren für die jeweiligen Kommunen so einfach und kostengünstig wie möglich eingerichtet werden kann. Außerdem sollte in Betracht gezogen werden, den Anteil des zu erwartenden Aufkommens für die einziehende Kommune anzuheben – denn ob ein Anteil von 25 Prozent ausreichend ist, um den Verwaltungsaufwand aufzufangen, darf bezweifelt werden.

Zum Antrag der SPD

Der Vorschlag der SPD-Fraktion zielt darauf, mit aussagekräftigeren Mietspiegeln für mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt vor Ort zu sorgen.

Als Sozialverband unterstützen wir die Forderung, dass das Land den Kommunen bei der Finanzierung qualifizierter Mietspiegel unter die Arme greifen soll. In welcher Art und Weise diese Hilfe ausgestaltet werden kann, wird im Antrag der SPD nicht ausgeführt. Aus diesem Grund können wir diesen Vorschlag auch nur im Grundsatz unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.
Christian Schultz
Referent für Sozialpolitik